Fremdenblatt Abend 6./XII. 1918

185

Das Schuldverhältnis der neuen Nationalstaaten zur Notenbank.

Eine ungarische Stimme.

Budapest, 5. Dezember. Der „Pester Lloyd" tritt für die Klarstellung des Schuldverhältnisses der ehemaligen Staaten der Monarchie an die gemeinsame Notenbank ein und bemerkt hiezu: Dies wird umso notwendiger, als die Regierungen der neuen Staaten, namentlich jene der deutschösterreichischen Republik, mit der Bank wegen Gewährung neuer Kredite verhandeln. Es fällt uns nicht ein, über die Solvenz der deutschösterreichischen Republik ein Wort zu verlieren. Wir müssen jedoch unsere Stimme dafür erheben, daß sobald als möglich reiner Tisch gemacht und genau festgestellt werde, wie viel jeder Teil schuldig ist und wofür die einzelnen Staaten der Notenbank gegenüber eintreten. Man erfährt auf Umwegen, daß bisher von den Regierungen etwas über 32 Milliarden bei der Bank in Anspruch genommen wurden. Dieser Betrag ist allerdings enorm, doch ist Ungarn mit einem verhältnismäßig bescheidenen Teil an dieser Schuldenlast beteiligt. Es beziffern sich nämlich die direkten Vorschüsse auf 8,2 Milliarden und die sonstigen Entnahmen in verschiedener Form auf 2 Milliarden, so daß die Schuld Ungarns insgesamt rund 10 Milliarden ausmacht. Allerdings ist auch in Betracht zu ziehen, daß die Bank mit ihrem Metallschatz, der vor Ausbruch des Krieges 1550 Millionen betragen hat und gegenwärtig auf 375 Millionen gesunken ist, für nahezu 1100 Millionen einzustehen haben wird, Ungarn sonach für den quotenmäßigen Anteil von rund 400 Millionen. Von dieser Summe sind in Abzug zu bringen jene Beträge, die von den beiden früheren Finanzverwaltungen für die Einlösung der Staatsnoten eingeliefert worden sind. Die Regierung muß die Frage der Klärung des Schuldenstandes unverzüglich zur Lösung zu bringen suchen, denn je rascher dies geschieht, desto eher werden wir den Weg finden, der uns zur Linderung der katastrophalen Valutamisere führt.